Unterredung mit Reichsinnenminister Dr. Jarres. Dieser erklärte dabei folgendes:

1. Die Reichsregierung hat es von Anfang an für ihre selbstverständliche Pflicht gehalten, im Namen des deutschen Volkes den in die Heimat zurückgebrachten Ruhrkämpfer Willi Dreher in einer würdigen Trauerfeier zu ehren. Damit fiel die von den vaterländischen Verbänden geplante eigene Trauerfeier bei der Ankunft der Leiche in Berlin fort.

2. Daß dabei die vaterländischen Verbände, denen der Verstorbene angehört hatte und nahestand, besonders berücksichtigt wurde, war selbstverständlich und entsprach einem ausdrücklichen Wunsche der Familie Dreher. Der von den vaterländischen Verbänden und den Deutschvölkischen geäußerte Wunsch, allein zugelassen zu werden, konnte von der Reichsregierung nicht gewährt werden. Nur über diesen Wunsch habe ich mit den vaterländischen Verbänden verhandelt.

3. Ueber die Farbenfrage habe ich mit den Verbänden überhaupt nicht gesprochen. Diese Frage hat der Reichsregierung auch keinerlei „Kopfschmerzen" verursacht.

4. Es ist nicht richtig, daß ein „ganzer Stab von Geheimräten und Ministerialräten" tagelang mit der wichtigen Aufgabe befaßt worden sei. Solche Dinge bedürfen nicht langer Beratung der Ressorts.

5. Die Trauerfeierlichkeit am Bahnhofe, an der die Reichsregierung offiziell teilgenommen hat, ist in sehr würdiger Weise verlaufen.

6. In der Anordnung für die Feier war ausdrücklich vorgesehen, daß die teilnehmenden Verbände nach Beendigung der Trauerfeier und Abrücken der Reichswehr sich auflösen sollten. Wenn hiergegen von den der Deutschvölkischen Freiheitspartei nahestehenden Verbänden verstoßen worden ist, so ist es ein wiederum beklagenswertes Zeichen der Disziplinlosigkeit unseres politischen Lebens und seiner leidenschaftlichen Gegensätze.

Schweizer Deutschland-Hilfe.

Unter der Ueberschrift „Ist Deutschland-Hilfe noch notwendig?" teilt die Konferenz des Baseler Deutschland-Hilfswerkes in der Presse u. a. folgendes mit: „In steigendem Maße werden Gerüchte verbreitet, als ob Deutschland sich völlig erholt hätte, die Suppenküchen leer ständen und dergleichen. Diese falsche Meinung kann nicht genug zurückgewiesen werden, zumal unausgesetzt Meldungen von Luxusreisen deutscher Neureicher diese Meinung noch bestärken könnten. Nur ein kleiner Teil des deutschen Volkes hat von der Rentenmark Vorteile. Der größte Teil leidet jetzt erst recht. Zu den schlechten Besoldungen kommen das Heer der Abgebauten der Arbeitslosen, der Witwen, Waisen und Invaliden, die vielen Anstalten und Gesellschaften, die ihren Betrieb einstellen und ihre Insassen auf die Straße setzen mußten. Erschreckend ist vor allem auch noch die Not der geistigen Arbeiter, ferner die Unterernährung der Kinder und die Krankheitsgefahren. Wie man angesichts dieser verzweifelten Lage gar von einer Gesundung, ja von Ueberfluß sprechen kann, ist unverständlich."

Gegen die neue Reiseverordnung hat sich ein gewaltiger Proteststurm erhoben. Besonders Hotelbesitzer, Reisebüros, Schiffahrtsgesellschaften befürchten großen Schaden zu erleiden. Wahrscheinlich wird sich diese Bestimmung auch gegen die Reichsbahn auswirken. Man befürchtet ferner die Abschnürung des internationalen Reiseverkehrs durch Deutschland, da eine scharfe Zollkontrolle an den Grenzen die Fremden bewegen werde, lieber einen anderen Weg zu suchen und nicht durch Deutschland zu fahren.

„Aufwandsbesteuerung?" Wie der „Tag" mitteilt, wird die diesjährige Einkommensteuerveranlagung dem Steuerzahler aller Voraussicht nach eine neue Ueberraschung bringen, indem sie diesmal nach dem „Aufwand" des einzelnen Zensiten erfolgen soll. Das Reichsfinanzministerium habe den Finanzämtern bereits Winke gegeben, wie der Aufwand des einzelnen Staatsbürgers zur Grundlage der Einkommensteuer gemacht werden könne. Es werde versichert, daß die Finanzämter in ihren Bezirken die Einkommensteuerkommissionen durch freiwillige Helfer verstärkt hätten. Diese hätten die Aufgabe, gewissermaßen laufend den einzelnen Steuerzahler zu beobachten. Die Größe der Wohnung, die Güte des Mobiliars, das Vorhandensein von Dienstboten usw. würden zur Beurteilung der Steuerfähigkeit des Betreffenden dienen. Unternehme der Zensit eine Reise, so könne, dies als weiterer Aufwand im Steuerschätzungsblatte vermerkt werden. Der „Tag" bemerkt dazu, daß dieses System ganz zweifellos zu einer unerhörten Schnüffelei führen würde.

Disziplinarverfahren gegen Poehner. Die Regierung von Oberbayern hat gegen den Landesgerichtsrat Poehner und den Polizeioberamtmann Dr. Frick, die im Hitlerprozeß verurteilt wurden, wie zu erwarten war, das Disziplinarverfahren beantragt.

600 000 Deutsche aus Polen vertrieben. Wie aus Warschau gemeldet wird, soll die Liquidation deutscher Besitzungen in Polen und Pommerellen schleunigst vor sich gehen, weil sämtliche großen Finanzinstitute sich verpflichtet haben, die Liquidation zu unterstützen. Die Sparkassen usw. werden zu diesem Zwecke Kredite geben. Die Liquidation soll so gehandhabt werden, daß sie im Laufe eines Jahres beendet ist. Hunderttausende von Deutschen werden dann erneut ihres Besitzums beraubt aus dem Lande gejagt werden. Bisher hat Polen bereits 600 000 Deutsche heimatlos gemacht.

Einspruch gegen das Memelstatut? Wie der Londoner Korrespondent des „Secolo" meldet, wollen Frankreich und Italien — das eine Polen zu Liebe und das andere aus wirtschaftlichen Gründen — das vom Völkerbundsrat genehmigte Memelstatut nicht anerkennen. Wenn das richtig ist, so müßten die genannten Staaten in Genf auf der Völkerbundstagung ein doppeltes Spiel gespielt oder in auffallender Weise nachträglich ihre Zustimmung zurückgezogen haben, da ihre Vertreter in Genf dem Statut ausdrücklich zustimmten.

Auch in Frankreich keine Maifeier.

Dem Lyoner „Progreß" zufolge beschlossen die Gewerkschaften, auch in diesem Jahre von der Feier des 1. Mai durch Arbeitseinstellung abzusehen. Die englischen Arbeiter haben bekanntlich die Maifeier ebenfalls abgelehnt. Nur Deutschland feiert unter den großen Nationen den 1. Mai.

Das Vertrauensvotum für Poincaré. Die mit 406 gegen 151 Stimmen von der Kammer angenommene Tagesordnung Cheron hat folgenden Wortlaut: Die Kammer billigt die Erklärungen der Regierung und hat das Vertrauen zu ihr, daß sie die im Geiste der republikanischen Einigung und nationalen Zusammenarbeit gewollte Politik — Reparationen, Sicherheit und Sparsamkeit — befolgen wird. Sie lehnt jeden weiteren Zusatz ab und geht zur Tagesordnung über.

Der Reichswirtschaftsminister über die Unproduktivität des Ruhrpfands.

In einem Gespräch mit einem Vertreter des Hamburger Fremdenblattes äußerte sich der Reichswirtschaftsminister Hamm über die Gewinne Frankreichs aus der Ruhrbesetzung folgendermaßen: Poincaré berechnet für 1923 das Ergebnis der Ruhrbesetzung mit rund 600 Millionen Franken gleich 100—130 Millionen Goldmark. Ueber das ganz sicher erhebliche Defizit der französisch-belgischen Regiebahn schweigt er sich aus. Die Zahlen für 1924 sind noch phantastischer. Aus den Zufallsergebnissen eines Monats, die mit 12 multipliziert werden, ist ein Jahresnettoergebnis von 5 Milliarden Franken gleich 600 Millionen Goldmark errechnet.

Jedermann weiß, daß die unerträglichen Lasten, welche die französische Erpressung durch die Micumverträge auf die Rhein- und Ruhrbevölkerung legt, wirtschaftlich längere Zeit nicht zu ertragen sind. Mit Produktivität haben diese Ergebnisse wirklich nichts zu tun! Es sei darauf hingewiesen, daß die Sachlieferungen, welche Deutschland an die anderen Mächte ausgeführt hat, allein 870 Millionen Goldmark betrugen. Frankreich hätte damit unter den rigorosesten Maßnahmen bestenfalls eine Summe erpreßt, die derjenigen gleichkommt, welche Deutschland freiwillig an seine Gläubiger gezahlt hat. Im übrigen sei, was das sachliche Ergebnis betrifft, nur an folgende Stimmen aus dem eigenen Lager Poincarés erinnert:

In erster Linie verweise ich auf die Untersuchung des Ruhrergebnisses durch Georg Barlich in seiner Schrift „Le Bilance de la Ruhr". Er weist bezüglich des Ergebnisses von 1923 darauf hin, daß selbst wenn alles nach den Hoffnungen der Franzosen und Belgier ginge, Frankreich und Belgien die Ruhrbesetzung des Jahres 1923 gerade umsonst gehabt haben würden, während sie einen produktiven Erfolg nicht gehabt hätten. Bezüglich des Ergebnisses von 1924 charakterisiert er die bisher aufgestellten Zahlen richtig als reine Hypothesen und Hoffnungen. Er schätzt die Nettoeinnahmen für Frankreich und Belgien auf höchstens 206 Millionen Goldmark und hebt hervor, daß auch diese auf die Kosten für die Rheinarmee, die Annuitäten für die Besatzungskosten der amerikanischen Armee, die Kosten der Ruhrarmee und der Reparationskommission mit etwa 470 Millionen Goldmark anzurechnen sind, so daß sich für die Besatzungsmächte nur ein Minus ergebe. Er erinnert dann daran, wie die Weltmeinung sich gegen die Besatzungsmächte wandte, die Hemmnisse der militärischen Besetzung im wirtschaftlichen Leben beider Länder brachte, wie insbesondere der Warenverkehr durch das besetzte Gebiet hindurch nach dem übrigen Deutschland vollkommen zum Erliegen gekommen sei. Der Krieg habe den Franken auf einen Dollarwert von 10 bis 12 Franken pro Dollar gebracht, die Ruhrbesetzung aber habe ihn um das Doppelte verschlechtert.

Gegenüber diesen Bemerkungen Barlichs klingen die Ausführungen des bisherigen belgischen Außenministers Jaspar beinahe wie Optimismus: Das Ruhrunternehmen hat uns zwar nichts eingebracht, aber auch nichts gekostet. In der gleichen Richtung gehen die Berechnungen und Bewertungen des Ruhrabenteuers seitens des französischen Abgeordneten Herriot. Dieser erklärte am 22. Februar in der Zeitung „Oeuvre", wenn noch ein einziger Franzose übrig sei, der an die Theorie der produktiven Pfänder glaube, so könne er nur geisteskrank, und zwar gefährlich geisteskrank sein!

Ultimatum an die Ruhrindustriellen.

„Echo de Paris" erfährt, daß Frankreich und Belgien sich am 2. April geeinigt haben, die Micumverträge für die Ruhrindustrie zunächst bis 30. Mai zu verlängern. Den Düsseldorfer Beratungen mit den Ruhrvertretern komme nur noch untergeordnete Bedeutung zu, da sich die Vertreter einem Ultimatum gegenübersehen. Die Vorschläge der Sachverständigen zur Reparationsfrage hätten auf die Ruhrausbeute vorläufig keinen Einfluß.

Von Stadt und Land.

Aue, 5. April.

Die Steuern im April.

Angesichts der reichlichen Steuern, die im April zu zahlen sind, ist es angebracht, nochmals auf die hauptsächlichsten Steuern aufmerksam zu machen, die in diesem Monat fällig werden.

Der 5. April verpflichtet die Arbeitger, die in der Zeit vom 21. bis 31. März eingehaltenen Steuerabzüge vom Arbeitslohn abzuführen (keine Schonfrist).

Der 7. April ist der letzte Termin für die Bezahlung der am 1. April fällig gewordenen ersten Halbjahrszinsen der deutschen Rentenbank-Umlage.

Der 10. April ist der Tag der Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer aus Gewerbebetrieben, Grundbesitz, freien Berufen und sonstigen Einkommen. Auch der Angestellte, der in den ersten Monaten dieses Jahres zusammen mehr als 2000 Mark verdient hat, ist zur Vorauszahlung verpflichtet. Schonfrist eine Woche.

Der 10. April ist ferner der Zahltag für die Körperschaftssteuer. Schonfrist gleichfalls eine Woche. Am 10. April ist auch die Umsatzsteuer für März von den Betrieben, deren Umsatz 1922 mehr als 1,5 Millionen Mark betragen hat, und dann für Januar bis März von denjenigen Betrieben zu entrichten, deren Umsatz im Jahre 1922 1,5 Millionen Mark nicht erreichte. Schonfrist auch eine Woche.

Der 15. April ist letzter Termin für die Abgabe der Vermögenssteuererklärung. Vermögen bis 5000 Goldmark sind steuerfrei.

Wer die Frist zur Abgabe der ihm obliegenden Steuererklärung versäumt, kann mit Geldstrafen zur Abgabe der Erklärung angehalten werden. Auch kann ihm ein Zuschlag bis zu 10 Prozent der festgesetzten Steuer auferlegt werden.

Bis zum 15. April muß die Abgabe der Differenz zwischen den bereits auf Grund der zweiten Brotversorgungsabgabe abgeführten Vorauszahlungen auf die Vermögenssteuer und der Hälfte des Betrages, den die Steuerpflichtigen als Vermögenssteuer für 1924 zu zahlen haben, entrichtet sein.

St. Nicolai erhält Dampfheizung. Kirchenvorstand und Kirchgemeindevertretung haben in ihrer gestrigen Sitzung einstimmig beschlossen, die Nicolaikirche mit einer neuen Niederdruck-Dampfheizung zu versehen. Die alte Luftheizung ist absolut ungenügend geworden. Die Ausführung der Heizungsanlage wird ausschließlich Auer Firmen übergeben werden und zwar die Kesselanlage der Firma Schedlbauer, die Installation der Firma Emil Nestler. Herr Oberstudiendirektor Jacobi hat sich in freundlichster Weise bereit erklärt, die Pläne und Zeichnungen zu entwerfen und die Bauleitung zu übernehmen. Die Gesamtkosten in Höhe von 15 000 Mark hofft man durch eine Haussammlung aufzubringen. Wenn jeder Kirchensteuerpflichtige 2 bis 3 Mark opfert, wird die Summe aufgebracht sein.

Innungsversammlung der Korbmacher-Innung. Die freie Korbmacherinnung für das obere Erzgebirge der Amtshauptmannschaften Schwarzenberg, Stollberg und Annaberg, Sitz Aue, hält Sonntag, den 6. April im Hotel „Blauer Engel" zu Aue ihre Innungsversammlung verbunden mit einer Ausstellung selbstverfertigter Korbwaren ab.

Weitere starke Abnahme der Erwerbslosenziffer in Aue. Die Zahl der Erwerbslosen in Aue hat im März eine weitere starke Abnahme erfahren. Am 1. März wurden noch 214 Vollerwerbslose und 3 Kurzarbeiter gezählt; jetzt zählt man nur noch 25 Vollerwerbslose und keinen Kurzarbeiter mehr. Stellt man diesen Angaben einmal die Höchstziffer gegenüber, die sich auf 700 Vollerwerbslose und 4000 Kurzarbeiter belief, so ermißt sich erst die wahre Bedeutung des heutigen Standes. Zugleich sieht man wohl ein, wie wenig recht die kommunistische Propaganda hat, wenn sie sagt, daß die Einführung der Rentenmark so gut wie keine günstige Wirkung auf das Erwerbsleben auszuüben imstande sei.

Bevölkerungsvorgänge im März. Im Laufe des Monats März wurden auf dem hiesigen Standesamt angemeldet 37 Lebendgeburten, nämlich 16 Knaben und 21 Mädchen, außerdem eine Totgeburt, ferner 13 Aufgebote, 15 Eheschließungen und 27 Todesfälle, alle diese Todesfälle aus natürlichen Ursachen. Unter diese 27 zählt auch der ehemalige Stadtrat Dr. Voetzsch mit, der 1914 ins Feld zog und seit September 1914 als vermißt gemeldet wurde. Erst jetzt ist festgestellt worden, daß Dr. Voetzsch am 21. September 1914 gefallen ist.

Sport und Spiel

Hockey für Sonntag, den 6. April: 1. Jugend Aue gegen 1. Jugend Olbernhau vorm. ½9, 1. Damen Aue gegen 1. Damen Olbernhau vorm. ½10, 1. Herren Aue gegen 1. Herren Olbernhau vorm. ½11.

* * *

Demokratischer Landtagsantrag zum Reichsbahnproblem. Der deutschdemokratische Abg. Günther hat mit Unterstützung der demokratischen Fraktion im Landtag einen Antrag eingebracht, der die Regierung ersucht, den Bestrebungen, die Reichseisenbahnen ganz oder teilweise in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln und sie auf diese Weise zum ungeheuren politischen und wirtschaftlichen Schaden des deutschen Volkes unter ausländischen Einfluß zu bringen, rechtzeitig aufs energischste entgegenzuwirken und alle darauf abzielenden, offenen oder verschleierten Anträge abzulehnen.

Ryssel wird abgebaut. Die kommunistische „Sächsische Arbeiterzeitung" in Leipzig meldet, daß der links-sozialdemokratische Amtshauptmann Ryssel beim Empfang der Mitteilung über seinen „Abbau" einen Wutanfall erlitten habe und eine 5 Zentimeter starke eichene Tischplatte zerschlagen haben soll. (Helfen wird diese Kraftleistung freilich Herrn Ryssel nicht.) Die Meldung desselben Blattes, der sozialistische Leipziger Polizeipräsident Fleißner werde ebenfalls abgebaut werden, trifft nicht zu.

Hafturlaub für den Humoristen Hans Reimann. Der auf Veranlassung des früheren sächsischen Königs verhaftete humoristische Schriftsteller Hans Reimann ist auf Grund von Vergleichsverhandlungen, die zwischen ihm und dem Vertreter des ehemaligen Königs von Sachsen geführt wurden, aus der Haft in Breslau beurlaubt worden. König Friedrich August hat zur Bedingung der Zurücknahme des Haftantrages gemacht, daß Reimann sich verpflichtet, seine Geschichten über den „Geenig" nicht mehr zum Vortrag zu bringen.

*

Oberschlema. Die Gemeindeverordneten beschlossen, den Bebauungsplan durch einen bewährten Städtebauer umarbeiten zu lassen; man erhofft dadurch eine wirtschaftliche Verwertung des Baugeländes. Infolgedessen wird die Zuweisung und Bemessung gewünschter Baustellen nochmals ausgesetzt bis nach Fertigstellung des Planes. Das Gesuch eines Auer Einwohners um käufliche Ueberlassung eines 2,5 Hektar großen Gemeindegrundstückes wird abgelehnt, denn ein Verkauf kann nur zu Bauzwecken erfolgen. Zum Gemeindeältesten wird Fabrikbesitzer A. Willisch d. Ae. auf 3 Jahre wiedergewählt.

Schwarzenberg. Zeitbild. Der Regierungsamtmann Kreisel bei der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg ist nach Annaberg zurückversetzt worden, weil es ihm trotz 1½ Jahre langer Bemühungen nicht gelungen ist, eine Familienwohnung in Schwarzenberg zu erhalten.

Griesbach. Raubüberfall. Am 28. März, mittags gegen 3 Uhr, sind auf dem Wege Lindenau—Griesbach drei unbekannte Räuber aufgetreten, die einem Reisenden eine Brieftasche mit ca. 65 Mark genommen haben. Die Täter werden beschrieben: 1. 22 bis 24 Jahre alt, 165 Zentimeter groß, schwarzes Schnurrbärtchen, bekleidet gelber Sportmütze, wenig abgetragenem, braunen Anzug, braunen, fast schwarzen Schuhen; 2. 22 bis 24 Jahre alt, 160 bis 170 Zentimeter groß, bartlos, volles, rötliches Gesicht, bekleidet mit grünlicher Mütze, ebensolchem Sportanzug, ho-